

## Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Tmmer strebe zum Canzen und kannst Du selber kein Canzes werden 🗆 🗆 His dienendes Clied schließ an ein Canzes Dich an 🔍 🗘

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg —— Privat-Postabonnement für das Vierteijahr 2 Mark

Mr. 15.

Charlottenburg, Freitag, den 12. April 1918.

Jahrg. 45.

#### Bur Beachtung.

Im Postscheckverkehr tritt vom 1. April 1918 ab folgende Denderung in Kraft:

"Die Zahlkarten sind vom **Absender** vor der Einlieferung zur Post mit Freimarken in Höhe der Zahlkartengebühr (bis 25 Mk. mit 5 Pfg., über 25 Mk. mit 10 Pfg.) freizumachen."

"Ersuche die Zahlstellenkassierer bei Geldeinsendungen

hierauf achten zu wollen.

Wilh. Herden.

#### An die Zahlstellenkassierer.

Die recht unnötigen Ausgaben für Strafporto steigen in letzter Zeit wieder bedenklich. Die Kassierer wollen beachten, daß Briefe, die nur mit 15 Kfg. freigemacht sind, nicht schwerer als 20 Gramm sein dürsen. Briefe, die auch nur einen geringen Brüchkeil über 20 bis zu 250 Gramm schwer sind, müssen mit 25 Pfg. frankiert sein. Die Benützung der Briefwage kann allen Kassierern angelegentlichst empsohlen werden.

Ferner wollen die Kassierer beachten, daß auf dem Kranksmeldesormular im Postkartensormat, das vom 1. April ab bei Anträgen auf Krankenunterstützung zu benutzen ist, auch die Frage 12 genau ausgesertigt sein muß. Wenn die Nachprüsung der auf dem Kartensormular gemachten Angaben ergibt, daß diese richtig sind, erhält der Kassierer keine weitere Benachrichtigung, sondern ist ohne weiteres berechtigt, den von ihm gemachten Angaben entsprechend die Krankenunterstützung zu zahlen. Dasselbe gilt für Anträge auf Wöchnerinnens und Sterbegeld-Unterstützung.

Das Verbandsbüro.

# Die Verschleppung der preußischen Wahlrechtsvorlage.

Das Dreiklassenparlament hat sich wieder auf fast vier Wochen vertagt und seine Wahlrechtskommission, deren Mehr= heit sich ohnehin redlich Mühe gibt, recht viel Zeit mit wirklich überflüssigen, nur sehr, sehr entfernt mit dem Behand= lungsgegenstand zusammenhängenden Reden totzuschlagen, ging auch wieder mal in die Ferien, bis zum 11. April. Dann ioll die, wie man sich denken kann, überaus anstrengende "Beratung" so "beschleunigt" werden. daß vor Pfingsten die zweite und dritte Lesung im Plenum beendet sein "kann". In die Pfingstferien sollen die 21 Tage Wartezeit fallen, die von dem Staatsgrundgesetz für die nach der genannten Frist zu wiederholende Abstimmung über Verfassungsänderungen vorgeschrieben ist. Sodann ist es anfangs Juni geworden nun erhält erst das "Herrenhaus" die Wahlrechtsvorlage zur "sachgemäßen Behandlung". Man munkelt davon, das Herren= haus würde sich selbst durch eine tropische Juni-Augusthitze nicht abhalten lassen, die Gesetzesvorschläge (Beform des Landtagswahlrechts, Aenderung des Herrenhauses, Aenderung des Etatsrechts des Landtages) "recht gründlich zu beraten" und ne deshalb einer Dauer kommission überweisen. Diese würde "wahrscheinich" im Dimber, "vielleicht" auch im Rovember oder erst im Dezember die unglaublich schwierige Materie bewältigt haben — die Landtagskommission "berät" ja jett auch schon bald ein Vierteljahr! —, und da das Plenum die absändernden Kommissionsanträge gutheißt, gingen die Gesetsentwürse versassungsgemäß zur Neuberatung nach den Landtag zurück, wo natürlich die beispiellos pflichteissiesen Landboten sich wieder gründlich in die Veratung vertiesen würden. Wieder wäre mit Abänderungen zu rechnen, wieder wandern die Entwürse in das Herrenhaus — übrigens kein weiter Weg, gleich das Haus nebenan — und wenn die preußischen Lords es für gutbefinden, muß der Landtag nach der vorgeschriebenen Beit abermals über Abänderungen "beraten". Und so weiter mit Grazie. Hat die Reg ier ung auch darauf eingerichtet, indem sie dem Landtag vorschlug, seine ordentliche Lebensdauer um ein Jahr zu verlängern?

In der Tat geht die Kalkulation der Junker und Junker= genossen dahin, durch eine Verschleppung der Gesetzesverahschiedung zunächst einmal Zeit zu gewinnen. Man weiß nicht, was sich in dieser an Ueberraschungen so reichen Kriegszeit alles noch ereignen kann, und — "so Gott will" — wendet sich alles noch zum besten der Echt-Preußen. Es ist nicht zu verkennen, daß sich die Regierung, wenn sie sich nur auf dem parlamentarischen Boden, wie er jett beschaffen ist, hält, in einer recht schwierigen Lage befindet. 443 Mitglieder zählt der Landtag. Die 143 Konservativen, die meisten der 53 Frei= konservativen und mindestens 50 der 71 Rationalliberalen sind prinzipielle Gegner des gleichen Wahlrechts. Da schon 222 Landboten die Mehrheit des Hauses bilden, besteht hier eine große Mehrheit gegen die Regierungsvorlage, zumal auch von den 101 Zentrumsabgeordneten mindestens ein Dutend am liebsten off en mit den Konservativen gingen. Um einen Rechtfertigungsgrund für die erwarteten Umfälle zu haben, hat das Zentrum einen Antrag eingebracht, der für Verfassungsänderungen, die auf dem Gebiete der Kulturpolitik liegen (konfessionelle Schule usw.), künftig eine Zweidrittel= mehrheit vorschreiben will. Der Antrag ist zwar in der Kom= mission abgelehnt, damit aber noch keineswegs erledigt. Das Zentrum will jenen seiner Vertreter, die prinzipiell gegen die Wahlrechtsgleichheit sind, eine Rückendeckung verschaffen und gefährdet damit das Justandekommen der Wahlreform noch mehr.

Ist aber die Reform durch das Abgeordnetenhaus bug-— noch ist das jo unsicher, daß wir Vertrauensseligen dringlich warnen müssen! —, dann tritt das "Haus der Herren" auf den Plan. Es ist nicht nur für den vorliegenden Fall, sondern allgemein interessant, unseren Lesern zu zeigen, was an "Parlamenten" im 20. Jahrhundert noch möglich ist und sei deshalb die gegenwärtige Zusammensetzung des Preußischen Herrenhauses nach dem jüngsten Bericht seiner "Matrikelkommission" aufgehellt. Die erlauchte und hechedle Mitglied= ichaft sett sich wie folgt zusammen: 117 erblich Berechtigte (Prinzen, Fürsten, vormalige "reichsständische Häuser" u. dgl.), 180 lebenslänglich Berechtigte (vorwiegend Hochadel, Latifundien=, Fideikommißbesitzer, nur 51 Städtevertreter), im ganzen "Berechtigte 402, wovon 52 Berechtigungen ruhen", so daß gegenwärtig 350 Stimmenabgeber vorhanden sind. Von ihnen gehören mindestens 250 dem "Stande" der Prinzen, Herzöge, Fürsten, Grafen, Barone, Freiherren an, die im hochfeudalen Milien aufgewachsen sind und darin leben. Die Gefolgschaft des wackeren Grasen York von Wartenberg, der ganz Preußen als seinen Gutsbezirk ausieht, ist im Herrengaus erd rückend groß. Soll im Falle ihrer unerbittlichen Fronde der versassungsgemäß gestattete Peersschub wirklich eintreten, dann dürften ein paar hundert neue Peers "freiert werden müssen, anders erhält die Regierung sür ihr Verlangen dort keine Mehrheit. Beabsichtigt die Regierung diesen Bergsturz? In den Junkerkreise Worte "anzugeben wären.

Warum wird die schon in der Osterbotschaft 1917 und in dem von den Wahlrechtsfeinden als "Erpressertat des Bethmann Hollweg" beklarierten Königlichen Erlaß vom 11. Juli 1917 als notwendig und dringend bezeichnete Wahl= reform nun so aufreizend verschleppt? Die Minister Fried= berg und Drews haben sich unzweideutig und entschieden für die Wahlrechtsreform ausgesprochen. Der Reichskanzler Graf Hertling hat sein Ehrenwort für die Reform ver= pfändet, sein Stellvertreter v. Paper hat die Realisierung der Wahlrechtsreform als "bald" bevorstehend bezeichnet. Dennoch geht die systematische Berschlep= pung weiter! Worauf hoffen die Wahlrechtsfeinde eigentlich? Sie wissen recht gut, daß, wenn die Regierung "alle verfassungsmäßigen Mittel bis zu ihrer Erschöpfung" anwendet, ihr Wahlrechtsreformvorschlag verwirklicht wird. Dazu braucht sie nicht einmal "bis zur Erschöpfung" zu gehen, denn hinter ihr steht in diesem Falle die ungeheure Bolksmehrheit, die mit der Handvoll Junker und Junkergenossen leicht fertig würde. Trop alle= dem beharren sie in ihrer hartnäckigen Fronde. Warum, wes= halb, wenn sie sicher wüßten, daß die Regierung unter keinen Umständen von ihrem Vorschlag abläßt!? Wüßten sie das, dann wüßten sie auch, daß ihr Widerstand nutslos ist und seine Verlängerung den Parteien der Wahlrechtsfeinde nur immer mehr dem Volkszorn bei den künftigen Landtags= und Reichstagswahlen ausliefert. Wenn die Verschlepper der Wahl= rechtsreform aber nicht auf ein Zurückweichen der Regierung hoffen, dann rechnen sie wohl auf das Bolk, "den großen Lümmel", auf das Erlahmen des Intercijes des Volfes an der demokra= tischen Lösung der Wahlrechtsfrage!?

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Wahlrechtsseinde auf die Zernürbung des Bolksinteresses rechnen und deshalb verschleppen: "Zeit gewonnen, alles oder doch vieles gewonnen." Die Gewerkschaften sind aber so außerordentlich an dem Abbau der preußischen Junker= und Scharsmacherpolitik interessiert, daß sie nicht zu oft den Kollegen und Kolleginnen zurusen können: Von der preußischen Wahlresorm hängt außerordentlich viel für die deutsche Sozialgesetzgebung ab! Ist die bisherige Verschleppung dieser Resorm schon eine Verschleppung dieser Resorm schon eine Verhöhnung der Arbeiterichaft, das Verzeiteln der Resorm kann von den Gewerks. schaften nicht ruhig hingenommen werden!

## Was ist Bevölkerungspolitik?

Ber nicht mit Plindheit geschlagen, wird im Gegensatz zu den Politikern der alten Schule und gewisser freiheitseindlicher Cliquen, sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß der Krieg in der ganzen Anschauung unseres gesellschaftlichen Daseins eine revolutionäre Umwälzung herbeisühren mußte. Vor allem hat die große Tragik der letzten Jahre mit der Renjdenvernichtung gegenüber den arroganten Rechtsvertretern der Herrenklasse zur Folge gehabt, daß die Arbeit und mit ihr das arbeitende Bolk, jetzt öffentlich eine sachlich höhere Bewertung für sich in Anspruch nehmen kann. "Die Arbeit, sie ist die Quelle alles Keichtung wie Grundlage aller Aufur einer Volksgemein. Denn nur durch sie ist es möglich, daß was ze zet um vernichtet, wieder herzustellen und das ganze Probattions= und Wirtschaftsgetriebe in neugeordnete Bahnen zu senker. Daher steht bei der Renorientierung unseres officielles, i Lebeus das Problem der sogenannten Bevölferungspolitik im Bor'ar und, gleichbedeutend mit der Anigabe: Die Za der geiffigen und materiel= Ien Berte erzeugenden Menichenfrafte gu vermehren und deshalb die Bolkszunahme mit allen fittilich erlaubien Mitteln zu fordern. Die Grundlagen dieser Politik, die auch als "Bolksgesundheitspolitik" bezeichnet werden kann, ist die Mutterschafts und Sänglingsfürsorge, die

Familienkransenhilfe und die Wohnungsresorm. Und zu erwarren, wird man sich vabei enduch von dem Vorur gegen die uncheliche Mutterschafts- und Säuglingsfürso premachen. In Zusammenhang mit diesem großen Probleichen über noch eine Zahl von anderen Aufgaben und Frag vie, wie die Volksernahrung und der Arbeiterschuk, unvedir einer Lösung erwarten oder damit fortlaufend zur Austragugebracht werden müssen.

Es ist eine nicht unbeachtet zulassende Erscheinung, b in der Zeitperiode langer Friedensjahre die Vertreter der sitzenden Klasse oder der sogenannten "Herrenrasse", den gese schaftlichen Wert des Menschen durch die geldlichen Kosten s Auferziehung wie die Ausgaben für Nahrung, Schule, Lel jahre, Studien usw. festzulegen versuchten. Damit sollte se gelegt werden: je größer diese Kosten, je größer der Mensche wert und das Maß der daraus herzuleitenden Rechte. Dab wurde aber unverkennbar absichtlich unterlassen einzuschalte daß eine derartige Einschätzung auch so oft sehr problematisch Natur sein kann, insofern der Mensch nicht nach dem äußere Schein, sondern, entsprechend seiner Erziehung nur nach seine Leistung für die Volksgemeinschaft bewertet werden mu Auch der künstlich konstruierten Uebervölkerungstheorie, die m Beit zu Zeit vor dem Kriege zur öffentlichen Erörterung drängt wurde, lagen reaktionäre Motive zugrunde. Ohne der Beschäftigung von anderthalb Millionen ausländischer A beiter in Deutschland zu erinnern, wurde Arbeitstosigkeit Lebensmittelverteuerung, Wohnungsnot, Rückgang der Kinder zeugung usw. damit begründet. Daher wurden kriegerisch Ereignisse, Volksseuchen, Zunahme der Kinder= und der sonstigen hohen Sterblichkeit als einen natürlichen Regulator der Bevölkerungsvermehrung angesprochen. Im übrigen aber wird die Notwendigkeit des Besitzes von überseeischen Kolonien mit der Volksvermehrung begründet. Ohne dem Deutschen Reich den Besitz von Kolonien absprechen zu wollen, dürfte es doch wohl als sehr fragwürdig erscheinen, ob sich jemals eine nennenswerte "Ueberbevölkerung" nach diesen Landesteilen wird ableiten laffen.

Die jetzt eröffnete Bevölkerungspolitik, wobei dem Reichstage, der Gesetzgebung, den Krankenkassen und nicht zuletzt auch den Gewerkschaften wichtige und vielseitig praktische Aufgaben

zuerteilt sind, ist durchaus keine neue Erscheinung. Nach jedem Kriege und nach jeder Seuche mit beträchtlichem Menschenverlust, ist "Bevölkerungspolitik" getrieben worden. Selbst die Naturvölker suchen durck, Frauenraub, Töten von schwächlichen Kindern und Greisen hier "helfend" einzugreifen. Auch anderseits haben z. allen Zeiten Volksführer, Fürsten und Staatsleiter mit niehr großzügigem Blick für ihre menschenarmen Landesteile, sich im wirtschaftlichen und militärischen Interesse einer Bevölkerungspolitik angelegen sein lassen. Ganze Volksstämme wurden aus den dichtbevölkerten Gegenden nach den weniger bevölkerten zur Auswanderung gedrängt. Ein Bild zu dieser Erscheinung zeigt die Völkerwanderung der Hirtenvölker, auch vereinzelter ackerbautreibender Volksstämme vor und in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung. Auch die Geschichte der neueren Zeit gibt hierzu einige recht interessante Beispiele. Abgesehen davon, daß schon in der Reformationszeit es als ein offenes Geheimnis angesehen wurde, daß Fürsten, Adlige und selbst kirchliche Würdenträger mit Frauen im Konkubinat lebten. Wir wissen wie Luther dagegen eine scharfe Stellung einnahm und mit seinen Phillipiken dazwischen fuhr. Nach dem dreißigjährigen Kriege wo das Land, Städte und Vörfer zerstört und menschenler waren, wurde den Männern sogar offen oder auch stillschweige das Zusammenleben mit zwei oder drei Frauen gestattet. Dun behördliche und geistliche Beeinflussung wurde den Frauen der Verkehr mit Männern und die Kinderzeugung recht sehr nahe gelegt. - Wir wissen, wie einzelne deutsche Fürsten die Auswanderung der Protestanten aus Throl, Böhmen und aus Frankreich (Hugenottenauswanderung) nach ihren Landesteilen begünstigten und so ihren Landeskindern frisches Blut zuführten oder sonst die geschlechtliche Zucht- und Auswahl zu unterstützen wußten. Friedrich Wilhelm I. in Preußen und andere. wie auch sein großer Sohn Friedrich II. förderten die Berheiratung von gesunden, großen und starkgebauten Personen. Dem Geist der Zeit entsprechend wurde hier die rationelle Menschenbermehrung wie vom Standpunkt der Viehzucht betrieben; wobei aber immerhin nicht bie Methode, sondern der

Erfolg als das Entscheidende anzusehen sein wird. Im übrigen ist es nun doch eine ewige Wahrheit, daß der Krieg als ein Unglück für alle Bölker, unter den Tüchtigsten und Kräftigsten zuerst, und zuletzt unter den Schwächlingen aufräumt. Ein lägerer Krieg bedeutet deshalb für jedes krieg-

führende Volk der Anfang zu einem Prozeß der Degeneration. Ter jetige Krieg hat eine ungeheure Zahl von gesunden, starken, zeugungsfähigen und intelligenten Männern aus allen Klassen der Bevölkerung vernichtet. Nach der absoluten Zahl wird die Arbeiterklasse dabei im Bordergrund stehen, jedoch wird sich später das ganze Bild noch in einem anderen Lichte zeigen. Hochwertige Kräfte aus den Kreisen der Intellektuellen wie Lehrer, Hochschullehrer, Künstler, Techniker, Ingenieure, Betriebsleiter und Hochqualifizierte aus der Arbeiterklasse sind tot oder zu Krüppel geschossen, oder sonst durch Krankheit und Siechtum unbrauchbar geworden, unersetzbar, oder sicher erst nach Jahren zu ersetzen. Hieraus folgert sich nicht nur eine Einbuße in Hinsicht unserer geistigen und sittlichen Erziehung, sondern auch einen unermeßlichen Verlust zum wirtschaftlichen Neuaufbau unserer ganzen produktiven Kraft. Deshalb ist der Aufstieg der Begabten eine dringende Forderung der Zeit!

Das Deutsche Reich hatte im Jahre 1913 rund 67 Millio= nen und 1914 68 Millionen Einwohner. Als maßgebend für die Bevölkerungsvermehrung muß selbstverständlich der Ge= burtenüberschuß angesehen werden. Die durchschnittliche Zu= nahme der Bevölkerung betrug jährlich bei uns in den Jahren 1900—1910 855`881 Perjonen. Im Jahre 1913 betrug die Rahl der Geborenen 1894593 und die der Gestorbenen 1060 793, demnach ergibt sich in dem letzten Jahr vor dem Kriege ein Neberschuß von 833 800 Geborenen. Auf 1000 Einwohner kamen Geburten im Durchschnitt des Jahrzehnts: 1871/80 40,7, 1881/90 38,2, 1891/1900 37,4, 1901/10 33,9, 1911\_29,5 | 1912 | 29,1, | 1913 | 28,3. Auf 1000 Einwohner famen Sterbefälle: 1871/80 28,8, 1881/90 26,5, 1891/1900 23,5, 1901/10 19,7, 1911 18,2, 1912 16,4, 1913 15,8. Wir sehen hier eine auffällige Abnahme der Geburten und der Sterbefälle. Die Zunahme der Bevölkerung ist deshalb zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf die Abnahme der Ge= storbenen zurückzuführen. Nach den Pressemeldungen vom 16. Februar d. Is. teilte die preußische Regierung im Abgeordnetenhause dem bevölkerungspolitischen Ausschuß daß der Geburtenausfall im Kriege weit höher sei als die Zahl der Gefallenen, und daß die Geburtenzahl auch nach dem Kriege den früheren Stand nicht erreichen dürfte.

Wenn demnach immer wieder kirchliche Kreise die Ansicht vertreten, daß, wenn man mehr Kinder haben wolle, so müsse der religiöse Glaube wiederhergestellt werden, so ist das ein Fretum und auch nicht möglich. Entscheidend hierbei ist die soziale Lage der großen Masse des Volkes. Und im übrigen Ichren auch die Erfahrungen, daß mit einer starken Zunahme der Geburten auch eine Zunahme der Kindersterblichkeit, be= sonders in den ersten Lebensjahren, verbunden ist. Die Zeit der Vielkinderehe ist unwiderruflich vorbei. Jett heißt es mit allen Mitteln gegen Volksschädigungen wie Krankheitsgefahren, wirtschaftliche Not, Arbeitslosigkeit usw. die Menschen= ökonomie und die Lebensdauer der Geborenen zu fördern. Und dabei wird die politisch=geographische Lage Deutschlands gegen= über dem östlichen Nachbar mit den sehr fruchtbaren slavischen Volksstämmen nicht außer acht zu lassen sein. Die "slavische Welle" bedeutet eine nicht unbeträchtliche Gefahr für den Bestand des Deutschen Reiches. Die Bevölkerungszunahme des russischen Staates betrug z. B. für 1910 1 136 899 Personen. — Wie im Reichsarbeitsblatt, Band IX, 1911, sehr gut ausgeführt wird:" Bedingt die Eröhung einer gesunden Lebensdauer auch eine durchschnittliche Erhöhung der produkti= ven Kraft." Denn wirtschaftlich betrachtet enthält vom 15. Lebensjahre ab ein jedes Lebensjahr 300 Arbeitstage; wobei auch die möglichen Arbeitstage der Strafgefangenen nicht außer acht zu lassen wären. Nach der amtlichen Absterbe= ordnung der neunziger Jahre (1881—1900) ergab sich für das männliche Geschlecht eine mittlere Lebensdauer von 40,56 Jahren und für das weibliche Geschlecht 43,97 Jahren. Diese Lebensdauer hat innerhalb der vorbezeichneten zwanzig Jahre nur fünf und bei dei. Frauen nur fünfeinhalb Jahre zu= genommen. Tropdem stehen wir noch immer hinter den meisten Kulturstaaten zurück. In Schweden, wo die Verhältnisse am günstigsten liegen, beträgt die mittlere Lebensdauer für das männliche Geschlecht 50,91 und für das weibliche Geschlecht 53,63 Jahre, sie ist also um volle zehn Jahre höher, als bei der Bevölkerung des Deut= den Reichs. Günstiger zeigen sich die Feststellungen des Statistischen Landesamts für Preußen, wonach im Jahrfünft 1906-1910 die mittlere Lifensdauer des männlichen Geschlechts auf 46,42 und beim weiblichen Geschlecht auf 50,03 Jahre gestiegen ist.

Im übrigen haben wir mit einem beträchtlichen Frauenüberschuß zu rechnen,
der schon 1913 833 800 Personen betrug. Der uneheliche Geschlechtsverkehr wird dadurch mehr vorurteilsfreier und als
jittlich zulässig anzusehen sein. Das moralische Moment kann
hier nicht darin bestehen, daß gesellschaftliche Ansehen der
unehelichen Mutter und ihres Kindes herabzudrücken; denn um
unehelich eine pflichterfüllende Mutter zu sein, gehört sittlicher
Mut und Kraft. Dem entgegen ist die Pflichtvergessenheit eines
jeden Vaters zu brandmarten und geschlich zu verhindern. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bildet einen weiteren
Teil der Volksaufklärung und entschlossener Maßnahmen der
Gesetzebung. Wobei ohne Ansehen und Schonung von Persionen — gegen jedes gewissenlose Handeln — vorgegangen
werden muß.

Wie uns der Krieg gezeigt hat, sind eine große Zahl von Personen nicht nur dis zum 40. Jahr — sondern dis zum 60. Jahre und darüber hinaus arbeitsfähig und haben "hinter der Front" in Tag= und Nachtschichten ihre Pflicht erfüllt. Deshalb nuß es die Aufgabe der leitenden Kreise der bevölkerungspolitischen Ziele sein, die durch schnittlichen Zeben s= dauer der Bevölkerung durch wirksame Gessund der genauer der Bevölkerung durch wirksame Gessund der genauer der Bevölkerung en auf 60 bis 65 Jahre zu erhöhen. Zu diesen Maßnahmen gehört auch der gewerbliche Arbeiterschutz, wobei auch den Gewerkschaften durch ihre praktischen Erfahrungen ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Aufgaben zufallen wird.

## Aus unserm Berufe.

Magdeburg. Den Drehern, Gießern und Malern bei der Firma C. & E. Carstens wurde auf deren schriftliches Ersuchen die Teuerungszulage um weitere 5 Prozent erhöht, auf inszgesamt 45 Prozent. Die Dreher erhalten diese neue Zulage ab 8. März, die Maler ab 15. März. — Bei der Firma C. Untucht & Co. sind die Affordpreise zum Teil um 20 Prozent erhöht worden, außerdem werden seit Februar ds J. 20 Prozent Teuerungszulage gewährt. Das gilt für die Dreherei. In der Gießerei sind die Affordpreise unverändert geblieben, dafür werden setzt 35 Prozent Teuerungszulage gewährt.

Altwasser. Porzellanfabrik C. Tielsch & Co., A.=G.: Der Abschluß für die im vorigen Jahr neugegründete Aktien= gesellschaft ergibt nach einer Rückstellung von 200 000 Mk. auf Kriegsreservekonto einen Kohgewinn von 306 309 Mk. Der zum 15. April einzuberufenden Hauptversammlung soll vor= geschlagen werden, 113 016 Mk.-zu Abschreibungen, 30 000 Mk. als Zuweisung zur ordentlichen Kücklage, 15 000 Mk. als Zuweisung zur außerordentlichen Kücklage zu verwenden, 7% Dividende zu verteilen und auf neue Kechnung 9007 Mk. vor= zuschlagen.

Eine schlesische Firma über die Leipziger Messe. Die "Leipziger Neuesten Nachrichten" haben einer Anzahl großer Firmen, die zu den ständigen Besuchern der Leipziger Messe gehören, die Frage vorgelegt: Welche besonderen Aussessiger Aussessiger Messe in dem wirtschaftlichen Kampfe uach dem Kriege zu erfüllen? In den Auslassungen, die das Leipziger Blatt veröffentlicht, sinden wir solgende Antwort der Porzellansacht. Tielsche Co. A.=G. (Altwasser):

Wenn in den letzten Jahren vor dem Kriege ein Stillstand in der Leipziger Messe eingetreten-war, so hat der Krieg hier gründlich Wandel geschaffen. Die Messen nahmen einen ungeahnten Aufschwung und lieferten dadurch den Beweis ihrer Notwendigkeit. Sie wurden sowohl für Fabrikanten als Händler ein Jungborn, an dem sich Verkäufer und Käufer nach den schweren Sorgen in den heimatlichen Betrieben wieder erfrischten und neue Hoffnung für die Zukunft schöpften. Erhielten sie doch dort die Gewißheit, daß deutsche Industrie und Handel nicht niedergerungen werden können, und daß die Leipziger Messe sich als die festeste Stütze hierfür heraus= gebildet hat. Es wird ihnen daher auch die besondere Aufgabe zufallen, in dem sicher kommenden wirtschaftspolitischen Kampfe nach dem Kriege der Industrie und dem Handel als wichtiges Mittel zur Seite zu stehen, um den deutschen Industrie= Erzeugnissen die alten Absatzebiete wieder zu erobern da= durch, daß sie die Möglichkeit bietet, die ganze Welt zu ihrer Warenschau einzuladen und die alten persönlichen Beziehungen wieder anzuknüpfen. Notwendig hierzu ist eine großzügige Propaganda durch die ganze Welt und die Gewinnung von Vertrauensseuten auch in den jett feindlichen Staaten, die das

meiste dazu beitragen können, nach und nach aus Gegnern wieder Freunde der Leipziger Messe zu machen. Auch unsere Konsulate müssen diesen Zwecken dienstbar gemacht werden.

Eine Hauptaufgabe wird aber sein, im Verein mit Industrie und Handel alle sich ergebenden Schwierigkeiten in Frachttarisen, Zöllen und Bonkotts infolge persönlicher Fühlung mit den Interessenten zu erkennen, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen und an deren Beseitigung mitzuarbeiten. Möchte es der Leipziger Messe gelingen, auch in diesen neuen Bahnen gleiche Ersolge wie in den Kriegsjahren aufzuweisen!

#### Dermischtes.

Friedensverträge und internationaler Arbeiterschut. Die "Soz. Praxis" schreibt: In die Freude über den ersten Friedensschluß in diesem Weltfriege, der zwischen dem Deutschen Reich und dem neuen Staat der Ukraine freundschaftliche Beziehungen herstellt, mischt sich für den Sozialpolitiker ein leises Bedauern: in dem ganzen Vertrag ist mit keiner Silbe der gegenseitigen Sicherung des Arbeiterschutzes gedacht. In ge= nauen, sehr eingehenden Vereinbarungen werden die Wirt= schafts= und Rechtsbeziehungen der heiden Staaten, sowie ihrer Angehörigen geregelt. Sehr erfreulich, sehr nützlich und not= wendig! Aber um so bedauerlicher ist es, daß eine Klausel, die der gewerblichen Arbeiterschaft beider Länder ein gewisses Mindestmaß von gleichartigem oder gleichwertigem Schuk für Leben, Gefundheit, Sittlichkeit sichert, völlig fehlt. Weder haben die Diplomaten, noch der Bundesrat und der Reichstag dafür ein Wort gesunden. Wir glauben gar nicht, daß hier irgend= welche kestimmte Absicht vorhanden ist: man hat eben einfach nicht daran gedacht. Und doch liegen Präzedenzfälle vor, wie 2. B. frühere Handelsberträge derartiae Zusicherungen ent= hielten, und die Eingaben der Gesellschaft für Soziale Reform und der Gewerkschaften, die für die Friedensverträge solche internationalen Arbeiterschutkklauseln fordern, hätten auch an die grundfäkliche Bedeutung einer solchen Maknahme mahnen follen. Man hat diese Einaaben vermutlich von einer Amts= stube in die andere aeichoben und schlieklich vergessen: weniastens hat die Gesellschaft für Soziale Reform zwar eine Empfanasbestätiaung aus der Reickskanzlei, aber weder vom Auswärtigen noch vom Reichswirtikaftsamt erhalten. ists zu svät für die Ukraine — eine der vielen verpakten Ge= legenheiten in der Sozialpolitik! — Aber nicht zu spät für den Friedensichluß mit anderen Staaten, — und deshalh bringen wir unsere Eingabe bier nochmals in Erinnerung und bitten Reichstreaierung und Reichstaa, die Wichtiakeit solcher Arbeiterichukklauseln als eines Kulturdokuments nicht zu unter= schätzen. — In der Tat liegt hier eine große Unterlassung vor.

Die Steigerung im Rengeichäft der Bolfsfürsorge hält an. Im Monat März stieg die Zahl der neu gestellten Anträge auf 7249, gegen 6804 im Bormonat Februar. In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres sind damit 19239 Ansträge zu erledigen gewesen. Im Jahre 1917 war diese Rahl erst Ende Juli erreicht worden, und im ganzen Jahre 1916 waren 23494 neue Anträge eingereicht worden. Es ist also troh des Krieges eine fortdauernde Erholung und Verbesserung des Geschäftsgangs zu konstauernde Erholung und Verbesserung des Geschäftsgangs zu konstauernde Erholung und Rechnungsführer im Reiche zu danken ist.

## Denkspruch.

Leben heißt Arbeit, Kampf — und genießen, Bas Hand und Geist, was Natur uns bot. Laß Dir nicht Mühe des Tenkens verdrießen, Sonst ist es besser, Du wärest tot!

## Elle. Linches.

Bon der Neuen Zeit in jeeben das 1. Heft vom 2. Band des Jahrgangs Absachen in Offsbirien. Bon Heinrich Cunow. — Jun Jesenfampf ums Boil zer. Bon Bernhard Ranjch I. — Eine Seichichte zer den Gewerf haftsbewegung. Bon Theodor Leizart. — Alfred Verr oder Krisis als Selbstzweck. Bon Edgar Steizer. — Rotizen: Kindyang der Getreibeernten in Frankreich.

Die Rene Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise Wit. 3.90 das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kanp dieselbe bei der Post unr für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Hest kostet 30 Psennig. Probenummern stehen jederzeit zur Versügung.

### Dersammlungs-Unzeigen.

Bahlreicher Bejuch in allen Berjammlungen erwünscht.

Berlin: Mittwoch, den 10. April, abends 8½ Uhr Schilberma bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. Donnerstag, den 11. April aben 8½ Uhr Verwaltungssitzung im Büro.

Berlin. Sonnabend, den 20. April, abends 8½ Uhr, Zahlstelle

bersammlung bei Wollschläger, Abalbertstr. 21. Charlottenburg. Sonnabend, den 13, April abends 81/2 11

im Volkshaus, Rosinenstr. 4.

Elsterwerba. Sonntag, ben 14. April, nachmittags 2½ Uhr s
Lohse in Biebla.

- Kahla. Sonnabend, den 13. April, abends 8½ Uhr "Rosengarten"

**Rönigszelt.** Sonntag den 14. April, nachmittags 4 Uhr findet i Gasthof zum Friedrichsdenkmal Betriebs-Versammlung statt. Ga leiter Martin Hirsch spricht über die Lohnforderungen.

#### Sterbetafel.

Ahlen. Paul Klenner, Maler, geboren am 8. Juni 1878 in Freiburg (Schles.) gestorben am 20. März in Bielefeld an Lungenkatarrh. Mitglied seit 1907.

Nürnberg. Josef Weihermüller, Maler, geboren am 12. September 1866 in Rechbergshausen, gestorben am 14. März an Ajtma. Mitglied seit 1906.

#### Totenliste unserer im Telbe stehenden Rollegen.

Otto Kundmaun, Dreher, geboren am 20. Oftober 1894 in Elbogen (Böhmen), gestorben am 19. März 1918 an einer i. Felde zugezogenen Krankheit. Mitglied der Zahlstelle Eisen berg.

Franz Günther, Dreher, geboren am 23. Oktober 1876 in Chodau (Böhmen), gestorben am 6. März 1918 in einem Lazarett in Wien. Mitglied der Zahlstelle Tirschenreuth.

Valentin Ullmann, Maler, geboren am 8. April 1892 in Hunnendorf (Oberfranken), gefallen am 24. Februar 1918. Mitglied der Zahlstelle Rudolstadt.

#### Urbeitsmarft.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt für alle Abteilungen tüchtige

Dreher und Hilfsarbeiter, Gießer und Gießerinnen, Kapselmacher, Schlämmer, Brenner, Glasurmüller, Maler, Malerinnen, Schablonenschneider.

Steingutsabrik Staffel, G. m. b. H. St. Staffel bei Limburg an der Lahn.

#### Töpfer und Freidreher

anr Herstellung bon Kochgeschirren

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.

Steingutsabrif Staffel G. m. b. H. Staffel bei Limburg an der Lahn.

## Beschäfts-Unzeigen.

Fiahlplatten, nach jedem eingesandten Muster in Zweigdecoren, Kanten, Schleifen, Monogrammen, speziell Ansichten, graviert sauber bei billigster Berechnung

Hunsiedel i. Fichtelgebirge, Katharinenstr. 28

Soldfiaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Malrückitän zum Einschmelzen, tauft bei pünktlicher, reeller Bedienung

Oskar Bottmann, Stadie

#### Goldflaschen, goldhaltige Lappen, sowi alle Malrückstände zum Einschmelzen

kauft M. Köhler, Dresben-A., Gerichtstr. 8 II. Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Alle Marückstände, Geldflaschen, goldnaltige Lappen, Näpfe, Pinsel u. s. w.

kauft zu höchsten Preisen
Otto Seifert, Zwickau, Sa., Osterweihstr. 32.
Schnelle, reelle Bedienung.

Heransg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinner Redaktion: Joh. Schneiber, Charlottenburg, Rofinenftr. 4. Berlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rofinenftr. 4. Drug von Dito Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.